

# Neuköllner Aufruf

## Sicherheit, Gesundheit, respektvolles Zusammenleben: mehr Lebensqualität durch gesamtgesellschaftliche und nachhaltige Gewaltprävention

**Stephan Voß**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen einer konzertierten Aktion nicht nur eine Strategie zur Etablierung einer nachhaltigen gesamtgesellschaftlichen Gewaltprävention zu entwickeln, sondern auch ein in einem definierten Zeitraum verbindlich umzusetzendes Handlungskonzept.

Der von der „Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention (IGG)“ verfasste Neuköllner Aufruf wird während des 24. Deutschen Präventionstages (DPT) im Berliner Bezirk Neukölln einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt:

Zum einen im Rahmen der Veranstaltung „Aufbruch zu einer Strategie der gesamtgesellschaftlichen Gewaltprävention“<sup>1</sup> und zum anderen im Rahmen des Abschlussplenums des Deutschen Präventionstages.

Die Liste der Erstunterzeichner/-innen<sup>2</sup> schließt am 21. Mai 2019. Selbstverständlich besteht auch nach dem DPT die Möglichkeit, den Aufruf zu unterzeichnen.

Im Februar 2016 hat an der Alice Salomon Hochschule Berlin das Symposium „25 Jahre Gewaltprävention im vereinten Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven“ stattgefunden.

Das Symposium ist nicht ohne Folgen geblieben: Seine Ergebnisse wurden umfangreich dokumentiert und es haben 2017 und 2018 zwei Folgeveranstaltungen zu dem Symposium stattgefunden, die sich insbesondere mit Fragen der Strategien zur Weiterentwicklung der Gewaltprävention in Deutschland befasst haben.<sup>3</sup> Im Rah-

men dieser Veranstaltungen haben sich darüber hinaus einige engagierte Menschen zusammengefunden, die sich für eine nachhaltig gestaltete gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention in Deutschland einsetzen. Gemeinsam haben sie die Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention (IGG) gegründet.

Aufgrund der Ergebnisse der Bestandsaufnahme der Gewaltprävention im Rahmen des o. g. Berliner Symposions<sup>4</sup> ist die IGG zu der Überzeugung gelangt, dass es in



Deutschland dringend einer Weiterentwicklung der Präventionsarbeit in Richtung einer nachhaltig gestalteten gesamtgesellschaftlichen Gewaltprävention bedarf.

Dies bedeutet, dass Politiker Verantwortung übernehmen und auch aktiv werden müssen, denn Gewalt zu reduzieren und vor Gewalt zu schützen, ist verpflichtende Aufgabe des Staates. Adressat des Neuköllner Aufrufes ist deshalb die Bundesregierung.

<sup>1</sup> <http://www.praeventionstag.de/nano.cms/dpt-24-kongressprogramm?xa=symposien#>

<sup>2</sup> Die Liste der Erstunterzeichner\*innen ist unter <http://gewalt-praevention.info/nano.cms/unterzeichner> zu finden.

<sup>3</sup> Die Dokumentation des Berliner Symposions und der Folgeveranstaltung 2017 finden Sie unter <http://gewalt-praevention.info/>.

<sup>4</sup> Eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse des Berliner Symposions finden Sie unter: <http://www.gewalt-praevention.info/html/download.cms?id=156&datei=03-Stephan-Vos-und-Erich-Marks-156.pdf>. Schlussfolgerungen aus den Beiträgen und Diskussionen der Tagung „Strategien zur Weiterentwicklung der Gewaltprävention in der Bundesrepublik Deutschland“ am 2. und 3. November 2017 in Hannover finden Sie unter: <http://www.gewalt-praevention.info/html/download.cms?id=161&datei=08-Stephan-Voss-und-Erich-Marks-161.pdf>.

## NEUKÖLLNER AUFRUF

**Sicherheit, Gesundheit, respektvolles Zusammenleben:  
mehr Lebensqualität durch gesamtgesellschaftliche und nachhaltige Gewaltprävention**

Gewalt hat viele Gesichter. Für betroffene Kinder, Frauen und Männer bedeutet sie erhebliches Leid. Sie verletzt ihre körperliche und psychische Integrität und Gesundheit mit oft weitreichenden und langanhaltenden Folgen. Gewalt verstößt zugleich gegen Menschenrechte, Kinderrechte und in unserer Verfassung verbrieft Grundrechte.

Weniger Gewalt bedeutet, sicherer, gesünder und mit mehr gegenseitigem Respekt aufzuwachsen

und zusammenzuleben. Das führt zu mehr Lebensqualität bei spürbar verbesserten Beziehungen zwischen den Menschen, zwischen den Geschlechtern und den Generationen.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden viele Anstrengungen unternommen, um Gewalt abzubauen. In der Bilanz dieser Aktivitäten stellen Expertinnen und Experten aus allen Bereichen der Gewaltprävention, die sich in der *Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention* zu-

sammengeschlossen haben, fest: Diese Aktivitäten haben trotz des Rückgangs polizeilicher Registrierungen in einigen Bereichen der Gewaltkriminalität noch nicht zu einer hinreichenden Abnahme von Gewalt geführt. Erforderlich ist eine wirkungsvolle, übergreifende und nachhaltige Strategie der Gewaltprävention, die über die bisherige Praxis einer oft spät einsetzenden Intervention und kurzfristigen Reaktion auf Gewalt hinausgeht.

Gewalt zu reduzieren und vor Gewalt zu schützen, ist verpflichtende Aufgabe des Staates.

## Moderne und verantwortungsvolle Politik setzt dabei die Prioritäten neu.

Sie handelt vorausschauend und konzentriert sich auf Gewaltprävention mit dem Ziel, das Entstehen von Gewalt weitestmöglich zu verhindern. Sie verfolgt einen in diesem Sinne nachhaltigen Präventionsansatz, der auch auf neue Risiken und gesellschaftliche Herausforderungen angewendet werden muss.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Zukunft unserer Kinder und unseres Gemeinwesens ist es an der Zeit umzusteuern.

## Die Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention ruft die Bundesregierung deshalb dazu auf,

gemeinsam mit Ländern und Kommunen, mit freien Trägern, mit einschlägigen Institutionen und Organisationen aus dem Bereich der Gewaltprävention, mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen einer konzentrierten Aktion eine Strategie für die Entwicklung gesamtgesellschaftlicher Gewaltprävention zu erarbeiten. Diese soll in ein bundesweit angelegtes Handlungskonzept münden, das – angepasst an die jeweiligen Umstände vor Ort – in den nächsten Jahren umgesetzt wird.

## Nachhaltig gestaltete gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention muss dabei

- als frühe Prävention möglichst im Vorfeld der Entstehung von Gewalt ansetzen,
- insbesondere Familien, Kitas, Grundschulen sowie die sie umgebenden Sozialräume und Beziehungsgefüge als Orte der Prävention in den Blick nehmen,
- auf Verhaltens- und Verhältnisprävention bauen,
- gender-, kultursensibel und entwicklungsorientiert gestaltet sein,
- auf Maßnahmen, deren Wirksamkeit nachgewiesen ist, setzen und zugleich für solche offen sein, die

auf wissenschaftlicher Basis als Erfolg versprechend gelten,

- die in der Verfassung verankerten Grund- und Freiheitsrechte wahren und darf keine allgemeine Legitimation für deren Beschränkung bedeuten,
- Strafvverschärfungen auf der Basis überkommener Strafbedürfnisse eine klare Absage erteilen,
- kontinuierliche Forschung und vor allem die langfristig angelegte Evaluation ihrer Maßnahmen fördern,
- dauerhaft einen effektiven Wissenschafts-Praxis- und Praxis-Wissenschafts-Transfer implementieren,
- flächendeckend, verbindlich, langfristig und mit angemessener finanzieller Ausstattung als Regelpraxis implementiert werden und die dafür ggf. erforderlichen gesetzlichen Regelungen auf den Weg bringen,
- auf allen Ebenen, intersektional, ressort- und institutionenübergreifend gestaltet werden,
- die Kooperation mit den Bereichen Bildung, Erziehung, Gesundheit und Public Health vertiefen,
- angemessenen Schutz vor Gewalt sicherstellen und von Gewalt betroffene Menschen bedarfsgerecht und wirksam unterstützen,
- zur weiteren Ächtung von Gewalt beitragen,
- die Menschenrechte und die Ziele nachhaltiger Entwicklung der

Vereinten Nationen sowie europäische Empfehlungen und Vereinbarungen als wesentliche Richtschnur ihrem Handeln zugrunde legen.

## Mit Blick auf die Umsetzung nachhaltiger gesamtgesellschaftlicher Gewaltprävention ruft die Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention die Bundesregierung dazu auf,

- die Entwicklung einer Strategie und eines konkreten Handlungskonzepts für eine nachhaltige gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention zeitnah zu initiieren,
- das Handlungskonzept in Übereinstimmung mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung und anderen staatlichen Verpflichtungen schrittweise bis 2030 umzusetzen,
- zur Gestaltung dieses Prozesses ein Forum zu schaffen, das sich aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, der Länder, der Kommunen, von einschlägigen Verbänden, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zusammensetzt, sowie
- für dessen Organisation und Durchführung eine geeignete Struktur zu schaffen und notwendige Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

**Wir laden Sie ein, diesen Aufruf unter [www.gewalt-praevention.info](http://www.gewalt-praevention.info) zu unterzeichnen (bis zum 21. Mai 2019 als Erstunterzeichnerin/Erstunterzeichner) und in unserer Initiative mitzuwirken.**

### Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention (IGG)

**Dr. Sabine Bohne**, selbstständig, Osnabrück

**Prof. Dr. Heinz Cornel**, Alice Salomon Hochschule Berlin

**Wolfgang Kahl**, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK), Bonn

**Erich Marks**, Geschäftsführer des Deutschen Präventionstages, Hannover

**Anna Rau**, Geschäftsführerin des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS), Hannover

**Dr. Robert Schlack**, Berlin

**Vertr. Prof. Dr. Monika Schröttle**, Forschungs- und Beobachtungsstelle Gewalt, Geschlecht, Menschenrechte am Institut für empirische Soziologie (IfeS), Nürnberg

**Stephan Voß**, Alice Salomon Hochschule Berlin

**Prof. Dr. Klaus Wahl**, Psychosoziale Analysen und Prävention – Informations-System, München

**Berlin, den 13. Februar 2019**  
(V. i. S. d. P.: Stephan Voß)